

Auswirkungen der Bundesnetzplanung auf Thüringen

Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/4559

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, Auswirkungen der Bundesnetzplanung auf Thüringen - so unser Antrag.

Ich möchte mit einer Bemerkung beginnen oder mit einer Festlegung aus dem Energiewirtschaftsgesetz. Dort ist festgelegt, dass die vier großen Netzbetreiber im Auftrag der Bundesregierung bis Dezember die Übertragungsnetze in Form eines Netzausbauplans festlegen sollen bzw. einen Plan vorlegen sollen, damit endlich die Problematik der Energiewende angegangen werden kann. Man muss wissen, dass die vier großen Netzbetreiber oder besser gesagt, dass von den vier großen Netzbetreibern drei privat dominiert sind. In dem Zusammenhang fällt mir immer ein netter Spruch ein: Wenn man den Dorfteich trockenlegen will, sollte man nicht die Frösche fragen. Man muss sie auch nicht fragen, ob sie mithelfen wollen. Denn ich will sagen, es besteht einfach ein Interessenkonflikt zwischen den Netzbetreibern und ihrer Aufgabe. Wenn die, die von dem Netzbetrieb profitieren, die Planung machen sollen und vorbereitende Arbeiten treffen sollen im Auftrage der Regierung, dann frage ich mich, was soll da tatsächlich rauskommen.

(Beifall DIE LINKE)

Meines Erachtens werden wir ein uneffektives großes Netz bekommen, weil man damit natürlich besser die Gewinne steuern kann. Wir werden eine Erhaltung und eine Monopolstellung des zentralen Systems weiter haben und wir werden vor allem in Thüringen - und das ist das Verhängnisvolle - teure Energie haben durch die Einleitung des Stroms von Nord- und Ostsee und uns wird in Thüringen eine Menge an Wertschöpfung entgehen. Insofern erschreckt es mich schon und ich will gar nicht auf die Einzelheiten dieser 380-kV-Leitungen eingehen. Neben dieser genehmigten 380-kV-Leitung sollen noch zwei weitere kommen. Dabei ist überhaupt nicht berücksichtigt, dass mit großer Wahrscheinlichkeit noch eine dazukommt, und zwar die, die das Pumpspeicherwerk dringend benötigt. Das sind immerhin auch noch mal 38 Kilometer Naturzerstörung, Umweltzerstörung. Beim Pumpspeicherwerk könnte ich es akzeptieren, aber, wie gesagt, bei den anderen Trassen eben nicht.

Das Absurde an dem ganzen Weg, das Absurde an dieser ganzen Aufgabe ist, dass die technologisch bedingte Dezentralität der erneuerbaren Energien hier hintertrieben wird. Das kann ich gar nicht anders bezeichnen als hintertrieben wird. Das macht keinen Sinn, in Nord- und Ostsee in Riesenmengen Strom zu produzieren und dann über 4.000 Kilometer zusätzliche Übertragungsleitungen bis nach Bayern zu führen. Bayern hat erklärt, dass es keinen Import von Strom braucht und Baden-Württemberg ebenfalls nicht. Also muss man sich fragen, was geschieht hier eigentlich und zäumt man das Pferd nicht von hinten auf. Müsste man nicht erst mal Klarheit unter den Ländern schaffen, wer was will?

(Beifall DIE LINKE)

Ich hätte jetzt eigentlich Protest erwartet, aber es hört wahrscheinlich schon niemand mehr zu, dass die Kanzlerin ja versprochen hat, im September eine Zusammenkunft mit den Ministerpräsidenten herbeizuführen und dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Leider viel zu spät, aber immer noch richtig. Ich bin mal sehr gespannt, was da rauskommt, weil ich sage, vom Grundsatz her läuft hier immer noch das Thema falsch.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Herr Hellmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Weber?

Abgeordneter Hellmann, DIE LINKE:

Ja, Herr Weber, Sie können gleich loslegen. Bitte.

Abgeordneter Weber, SPD:

Kollege Hellmann, kennen Sie einen Weg, z.B. das Werk Stuttgart-Untertürkheim dezentral zu versorgen?

Abgeordneter Hellmann, DIE LINKE:

Ich komme dazu, ich beantworte Ihnen die Frage indirekt, Herr Weber. Ich habe einfach Zweifel an dieser Art, zuerst die Übertragungsnetze zu planen und dann die Verteilernetze. Aus meiner Sicht bedingen die erneuerbaren Energien, die nur effektiv sind, wenn ich sie dort erzeuge, wo ich sie verbrauche, bedingen eigentlich, dass ich in den Regionen beginne, die Verteilernetze zu planen, mich zu fragen, was ich dort benötige und was ich vor Ort erzeugen kann. Erst dann - Herr Weber, ich wäre nicht abgeneigt - zu sagen, ich brauche noch eine Übertragungsleitung, wenn das herauskommt. Ich hätte aber Zweifel, dass das geschieht, weil in jeder Region ausreichend erneuerbare Energien vorhanden sind, die ich umwandeln kann. Aber ich würde diese Frage offenlassen. Ich hoffe, Ihre Frage ist damit in etwa erklärt.

Also ich würde die Frage grundsätzlich neu stellen, ob wir nicht von unten planen, diese Dezentralität planen, weil das einfach im Sinne dieser erneuerbaren Energien und der Effektivität und des billigen Stroms und der billigen Energie überhaupt ist. Der Bericht der Landesregierung „Thüringen aktiv für den Energieumbau“, der im Juni vorgelegt wurde, sagt sehr wenig zur konkreten Planung von Netzen. Vielleicht könnte man sich insbesondere, was die Verteilernetze anbelangt, dieser Dingen noch mal annehmen. Gerade deshalb - und das wurde ja auch kritisch angesprochen -, das ist dieser Teil 2 unseres Antrags, wo wir sagen, es ist von der grundsätzlichen Herangehensweise mehr als fragwürdig, was hier geschieht. Dieser Vorschlag würde diese Geschichte auflösen.

Ich kann nur sagen, es bedarf einer ordnenden Hand auf Bundes- und Länderebene, auf europäischer Ebene wäre ich schon vorsichtig, weil ich überhaupt nichts davon halte, Solarstrom von Spanien nach Island zu schaffen. Aber sei es, wie es sei, länderübergreifend, grenzüberschreitend ja, aber eben auch nur im Rahmen der Region, soweit auf eine Einschränkung von meinen Vorrednern eingehend.

Auch noch mal auf eine Diskussion eingehend, Herr Kemmerich, es war nicht nur die Vorgängerregierung, auch Ihre Regierung hat insofern wild gesündigt, weil man die Offshorevergütung auf 16 Cent erhöht hat. Ich muss sagen, das ist eine ungeheure Geschichte. Alle anderen erneuerbaren Energien wurden gesenkt und hier haben wir eine Erhöhung der Dinge, das ist schon sehr merkwürdig.

(Beifall DIE LINKE)

Alles in allem bleiben wir logischerweise bei unserem Antrag, fordern ein Überdenken der prinzipiellen Haltung zu diesen Dingen und bitten um Überweisung in den Ausschuss, dass wir das vielleicht weitestgehend auch dort diskutieren können. Danke.

(Beifall DIE LINKE)